

**Briefing Paper**  
**Direktfinanzierung von Indigenen Strukturen**  
**Fachgespräch, Berlin, 4.12.2025**

**Bericht von Dalila Juan, Paul Ritter**  
**Interviews: Katrin Wieder**

**Einführung/Aktuelle Debatte**

Indigene Völker verwalten etwa ein Viertel der weltweiten Landfläche und bewohnen häufig ökologisch intakte Gebiete, die für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz von zentraler Bedeutung sind. Internationale Organisationen erkennen zunehmend an, dass diese Territorien für die Erreichung globaler Umwelt-, Biodiversitäts- und Klimaziele relevant sind. Gleichzeitig sind indigene Völker überproportional von den Folgen der Klimakrise betroffen und stehen an vorderster Front tiefgreifender Transformationsprozesse, da ihre Territorien reich an erneuerbaren Energiequellen und kritischen Mineralien sind. Trotz dieser Schlüsselrolle erhielten indigene Völker historisch nur einen sehr geringen Anteil der internationalen Klima- und Entwicklungsfinanzierung: Zwischen 2011 und 2020 floss weniger als ein Prozent der klima-bezogenen Entwicklungshilfe in Projekte zur Unterstützung indigener Landrechte und Waldverwaltung. (Forest Tenure Founders Group, 2024, S.15)

Vor diesem Hintergrund ist die Debatte um die Direktfinanzierung indigener Völker nicht neu, wird jedoch seit mehreren Jahrzehnten mit wechselnden Ansätzen geführt. Seit über 30 Jahren werden im Rahmen internationaler Netzwerke und Programme unterschiedliche Modelle erprobt, um indigene Organisationen finanziell zu stärken. Die bisherigen Erfahrungen sind ambivalent: Während einzelne Ansätze, etwa der Aufbau indigener Unternehmen in Kanada, als erfolgreich gelten, scheiterten andere, wie Treuhandfonds der Koordination der indigenen Völker des Amazonasbeckens (COICA) oder wirtschaftliche Initiativen in Ecuador, an internen Governance-Konflikten, unzureichenden finanziellen Mitteln oder fehlenden institutionellen Kapazitäten.

In den letzten Jahren hat die Debatte deutlich an Dynamik gewonnen. Dies steht im Zusammenhang mit der stärkeren Anerkennung indigener Territorien und kollektiver Rechte sowie mit der wachsenden Einsicht in die Bedeutung indigener Governance-Strukturen für den Schutz von Wäldern, Biodiversität und Kohlenstoffsinken. Parallel dazu hat sich das Finanzierungsumfeld verändert: Neben REDD-basierten Mechanismen haben neue Zusagen wie der auf der Klimakonferenz in Glasgow gegründete IPLC Forest Tenure Pledge erhebliche Mittel mobilisiert. Staatliche und philanthropische Geber\*innen sagten dabei bis 2025 rund 1,7 Milliarden US-Dollar zur Stärkung von Landrechten und der Rolle indigener Akteur\*innen zu.

Direktfinanzierung bezeichnet in diesem Kontext die unmittelbare Bereitstellung finanzieller Mittel an indigene Territorien, ihre repräsentativen Strukturen und Organisationen, ohne dass große multilaterale Durchführungsorganisationen als primäre Intermediär\*innen fungieren. Der Begriff umfasst dabei unterschiedliche Finanzierungszwecke, von projektbezogener Arbeit über leistungsorientierte Transfers und Access-and-Benefit-Sharing-Modelle bis hin zur Stärkung territorialer Autonomie und der Verteidigung indigener Rechte, die jeweils unterschiedliche institutionelle Arrangements erfordern.

Gleichzeitig ist Direktfinanzierung mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Administrative Anforderungen, Berichtspflichten und Konditionalitäten stehen häufig im Spannungsfeld mit den Prinzipien indigener Selbstbestimmung und kollektiver Entscheidungsfindung. Das Beispiel der ONIC in Kolumbien verdeutlicht diese Spannungen: Enge Förderlogiken und die Erwartung kurzfristiger, quantifizierbarer Wirkungen führten zu Konflikten mit den Grundwerten der Organisation und mündeten 2019 in einer „Vereinbarung zur Rückkehr zu den Ursprüngen“. Dieses Beispiel unterstreicht, dass Direktfinanzierung weniger eine rein technische als vielmehr eine institutionelle und politische Gestaltungsfrage ist.<sup>1</sup>

## **Das Problem der Direktfinanzierung**

Ein zentrales Anliegen indigener Organisationen ist die Direktfinanzierung, also Mittel, die ohne Zwischenorganisationen direkt bei indigenen Völkern ankommen. Trotz wachsender Gesamtfinanzierung bleibt der Anteil der Direktfinanzierung gering: 2023 gingen 10,6 Prozent der Gelder des o. erwähnten Pledge direkt an indigene Organisationen, was allerdings einen deutlichen Anstieg gegenüber 2,1 Prozent im Jahr 2022 darstellt. Die Zahl der direkt finanzierten indigenen Organisationen stieg von 39 im Jahr 2022 auf 100 im Jahr 2023. Dennoch fließt der Großteil der Gelder weiterhin über Intermediäre wie internationale NGOs, multilaterale Organisationen oder Regierungsbehörden. Dies kann lokale Steuerungsfähigkeit und Selbstbestimmung schwächen und führt zusätzlich dazu, dass ein Teil der Mittel für Verwaltungskosten aufgewendet wird, anstatt direkt bei den Gemeinschaften anzukommen. Im Fachgespräch wurde ergänzend hervorgehoben, dass Intermediärstrukturen neben Kosten auch Verzögerungen erzeugen und Interessenkonflikte begünstigen können – etwa wenn mehrere Zwischenebenen beteiligt sind, wie indigene Dachorganisationen, Ministerien oder andere Statusgruppen.<sup>2</sup>

Die Gründe für diese Situation sind vielfältig: Viele indigene Organisationen arbeiten unter herausfordernden Rahmenbedingungen. So fehlt in vielen Fällen die staatliche Anerkennung ihrer Territorien und Selbstverwaltung, inklusive eines eingeschränkten Zugangs zu Bankdienstleistungen oder begrenzten administrativen Ressourcen, was die Verwaltung größerer Finanzmittel erschwert. In einigen Ländern fehlt zudem die offizielle Anerkennung indigener Völker, wodurch direkte Finanzierung strukturell verunmöglicht wird. Gleichzeitig basieren viele internationale Fördermechanismen auf bürokratischen Anforderungen, wie detaillierten Belegen oder Quittungen, die in einigen Regionen schlicht nicht praktikabel sind. Hinzu kommen paternalistische Haltungen seitens internationaler Organisationen, die indigenen Völkern die Fähigkeit zur eigenständigen Projektverwaltung und vorhandene Kompetenzen absprechen. Im Fachgespräch wurde hierzu betont, dass auch „Small Grants“ in der Praxis häufig mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden sind und so gerade kleinere Organisationen ausschließen.

Im Fachgespräch wurde außerdem auf eine weitere strukturelle Ebene verwiesen: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist durch regulatorische Rahmenbedingungen gebunden, die definieren, was mit öffentlichen Geldern möglich ist. Diskutiert wurde daher die Rolle verbindlicher Zielquoten in großen Fonds und die Frage, wie Geber\*innen ihre Einflussmöglichkeiten in Fondsarchitekturen strategisch nutzen können, um Direktzugänge zu stärken. In den letzten Jahren sind mehrere neue Finanzierungsmechanismen

---

1

<https://www.fordfoundation.org/learning/library/learning-reflections/how-indigenous-and-traditional-peoples-organizations-are-building-greater-financial-strength/>

<sup>2</sup> Quelle Interview 1

entstanden, die darauf abzielen, indigene Völker direkter zu unterstützen. Der Global Biodiversity Framework Fund (GBF-F) innerhalb der Global Environment Facility sieht vor, dass 20 Prozent der Mittel an indigene Völker und lokale Gemeinschaften gehen sollen. Im Fachgespräch wurde jedoch hervorgehoben, dass dieses Ziel bislang deutlich verfehlt wird und dass die Mittelherkunft stark variiert (öffentliche vs. philanthropische Beiträge), was die Zielerreichung zusätzlich erschwert. Beim geplanten DSI-Fonds (Digital Sequence Information), der Einnahmen aus der kommerziellen Nutzung genetischer Informationen verwalten soll, sind sogar 50 Prozent für indigene Völker vorgesehen. Allerdings ist die Umsetzung beider Fonds noch unklar, da nationale Souveränität und politische Widerstände eine Rolle spielen.

Im Fachgespräch wurden darüber hinaus weitere Mechanismen benannt, die Zugänge strukturieren oder Quotenlogiken operationalisieren sollen (u. a. Initiativen zur Strukturierung von Zugängen, spezialisierte ABS-Fonds sowie ein Fondsansatz mit Sperrmechanismus bei Nichterreichen einer Quote). Gemeinsam ist vielen dieser Instrumente, dass ihre praktische Zugänglichkeit stark von nationalen Umsetzungswegen, Governance-Regeln und Transparenz abhängt.

Ein innovativer Ansatz ist der Legacy Landscapes Fund (LLF), der indigenen Organisationen über 15 Jahre hinweg jährlich eine Million US-Dollar bereitstellt.<sup>3</sup> Dieser Fonds bietet drei Bewerbungsmodalitäten: direkte Finanzierung, fiskalische Patenschaft durch Partnerorganisationen oder eine Dreierkonstellation mit zusätzlichem Kapazitätsaufbau. Diese langfristige Orientierung trägt der Kritik Rechnung, dass westliche Programme oft in isolierten Sektoren und mit kurzen Laufzeiten planen, während indigene Organisationen ganzheitlich und territorial arbeiten. Im Fachgespräch wurde ergänzend erläutert, dass solche Modelle teils mit einem „Fiscal Sponsor“ arbeiten, der formale Anforderungen zunächst mitträgt und Verantwortung schrittweise übergibt, um Kapazitätsaufbau zu unterstützen; zugleich wurde betont, dass LLF-ähnliche Modelle zwar wichtige Pilotwirkungen entfalten können, jedoch mit hohen Einstiegshürden verbunden sind, insbesondere im Hinblick auf Antragsanforderungen, formale Kriterien und Vorbedingungen wie gesicherte Landrechte, Flächengröße und institutionelle Nachweise, und deshalb keine Lösung für viele Territorien darstellen.

Daneben existieren weitere relevante Instrumente wie IKI-Förderlinien (u. a. medium und small grants), der UN Voluntary Fund for Indigenous Peoples sowie die CBD Voluntary Funds. Im Fachgespräch wurde wiederholt als Problem markiert, dass die Förderlandschaft insgesamt unübersichtlich bleibt und ein systematischer Überblick zu Fonds, Anforderungen, Prozessen und Capacity-Building-Angeboten fehlt.

Als Reaktion auf die COP26-Zusage entstanden in den letzten fünf Jahren zahlreiche neue indigene Fonds, darunter der Pawanka Fund, die Indigenous Peoples Assistance Facility, der Mesoamerican Fund und regionale Fonds in Asien und Brasilien. Diese von indigenen Völkern geführten Finanzierungsmechanismen ermöglichen es, Mittel gezielter und kulturell angepasster zu verteilen. (Quelle: Interview)

### **Die gerechte Energiewende und Benefit-Sharing**

Parallel zur Debatte um Landrechte und Waldschutz gewinnt die Frage einer gerechten Energiewende an Bedeutung. Die globale Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert enorme Landflächen für Solar- und Windenergieanlagen sowie kritische Mineralien, die

---

<sup>3</sup> Gleichzeitig gibt es Kritik am LLF aufgrund seiner fortgesetzten Unterstützung von African Parks (s. auch <https://www.survivalinternational.de/nachrichten/14210>)

häufig auf indigenen Territorien zu finden sind. Indigene Völker stehen damit an vorderster Front dieser Transformation und fordern, dass die Energiewende ihre Rechte respektiert und sie als gleichberechtigte Partner einbezieht.

In diesem Kontext gewinnen Benefit-Sharing- und Co-Ownership-Modelle an Bedeutung, bei denen indigene Völker Anteile an Energieprojekten erwerben und an den Gewinnen beteiligt werden. Positive Beispiele sind das Okikendawt-Hydro-Projekt in Kanada und das Tauhara-North-II-Geothermalproject in Neuseeland, bei denen indigene Gemeinschaften als Miteigentümer nicht nur wirtschaftlich profitieren, sondern auch aktiv an Entscheidungen beteiligt sind und ihre kulturellen Werte in die Projektgestaltung einbringen können. Im Fall von Tauhara hält der Maori Trust 35 Prozent der Anteile und hat vertraglich festgelegte Vetorechte bei Entscheidungen, die soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Belange betreffen. Die Einnahmen werden reinvestiert, um Bildung, Gesundheit und soziale Programme für die Gemeinschaft zu finanzieren.

Allerdings birgt Co-Ownership auch Risiken: Benefit-Sharing ersetzt nicht das Recht auf Free, Prior and Informed Consent (FPIC) – die freie, vorherige und informierte Zustimmung indigener Völker zu Projekten auf ihrem Land. Es besteht die Gefahr, dass Unternehmen oder Regierungen Equity-Beteiligungen nutzen, um indigene Gemeinschaften zu spalten oder Zustimmung vorzutäuschen. Fehlende technische Expertise bei Verhandlungen kann zu ungerechten Vereinbarungen führen, und finanzielle Risiken; etwa, wenn Projekte nicht die erwarteten Gewinne abwerfen, können indigene Gemeinschaften belasten.

Im Fachgespräch wurde ergänzend betont, dass finanzielle Anerkennung nicht zwangsläufig als Kompensation für bereits verursachte Schäden verstanden werden sollte. Diskutiert wurden Ansätze, die auf eine echte finanzielle Anerkennung von Waldschutz- und Erhaltungsleistungen zielen und direkte, bilaterale Kooperationen ohne mehrstufige Zwischeninstanzen ermöglichen. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass politische Restriktionen und institutionelle Inkohärenzen in nationalen Kontexten die Umsetzung solcher Modelle erheblich erschweren können.

## **Herausforderungen und Empfehlungen**

Trotz der positiven Entwicklungen bestehen erhebliche strukturelle Hürden. Viele Programme entsprechen nicht den ganzheitlichen und langfristigen Arbeitsweisen indigener Völker, da sie sektoral (z. B. nur Klima oder Biodiversität) und mit kurzen Laufzeiten geplant sind. Korruption und Veruntreuung von Geldern sind in manchen Kontexten ein Problem, was das Vertrauen untergräbt. Gleichzeitig sind indigene Umweltschützer weltweit massiven Bedrohungen ausgesetzt: 2023 wurden 196 Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger getötet, viele von ihnen indigene Personen (Global Witness, 2024).

Im Fachgespräch wurde die Notwendigkeit langfristiger, wiederkehrender und verlässlicher Finanzierungsstrukturen statt kurzfristiger Projektzyklen betont. Als besonders wichtig wurden die Finanzierung lokaler Versammlungen, der Aufbau und Erhalt starker institutioneller Räume sowie eine konsistente Unterstützung lokaler Verwaltungssysteme über lange Zeiträume hervorgehoben; im Gespräch wurde hierfür ein Zeithorizont von mindestens zehn Jahren diskutiert. Zudem wurde kritisch darauf verwiesen, dass Projekte häufig räumlich „weiterziehen“, anstatt über längere Zeit in denselben Territorien verankert zu bleiben, was als kontraproduktiv für Kontinuität, Vertrauensaufbau und lokale Selbstbestimmung beschrieben wurde.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wird immer wieder die Notwendigkeit systemischer Veränderungen betont. Unternehmen müssen robuste

Menschenrechtsrichtlinien entwickeln und FPIC sowie Benefit-Sharing in ihre Projektplanung integrieren. Von 28 großen Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien haben derzeit nur zwei klare Richtlinien zum Schutz indigener Rechte, und kein Unternehmen verfügt über öffentliche Richtlinien zu Benefit-Sharing. Regierungen sollten rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die indigene Landrechte vollständig anerkennen und verpflichtende Menschenrechts- und Umweltprüfungen vorschreiben. Langfristige Finanzierungszusagen, wie im Beispiel des LLF über 15 Jahre, sind entscheidend, um nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen. Kapazitätsaufbau muss auf beiden Seiten stattfinden: Indigene Organisationen benötigen Unterstützung bei Verwaltung und Finanzen, während Unternehmen und Gebende lernen müssen, flexibel und kulturell sensibel zu agieren.

Schließlich wurde als zentrale Leitlinie benannt, dass die Ausgestaltung künftiger Finanzierungsansätze stärker von den Prioritäten der betroffenen Gemeinschaften ausgehen muss. Diskutiert wurde ein Mandatsverständnis, nach dem Initiativen aus einem expliziten Auftrag der Gemeinschaften heraus entstehen, statt vorgefertigte Lösungen zu implementieren. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage aufgeworfen, unter welchen Annahmen „Geld“ als per se entwicklungsförderlich gilt und wie solche Annahmen kritisch reflektiert werden können, um bedarfsorientierte und dekoloniale Praxis zu stärken.

Ein wiederkehrendes Thema war zudem die Einbindung indigener Vertreter\*innen in Entscheidungsgremien und Advisory Boards relevanter Fonds – nicht nur beratend, sondern mit tatsächlicher Entscheidungsmacht, um Kriterien und Vergabepaxis zu beeinflussen.

## **Ausblick**

Die globale Finanzierung indigener Völker für Landrechte, Waldschutz und die gerechte Energiewende hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, insbesondere durch die COP 26-Zusage. Dennoch bleibt die Direktfinanzierung gering, und strukturelle Hürden behindern weiterhin den Zugang indigener Gemeinschaften zu Mitteln. Neue Finanzierungsmechanismen und innovative Modelle wie Co-Ownership bieten Chancen, doch nur wenn sie auf echtem Respekt für indigene Rechte, Selbstbestimmung und kulturelle Werte basieren. Die Dokumente machen deutlich, dass eine gerechte Transformation nur gelingen kann, wenn indigene Völker als gleichberechtigte Partner\*innen anerkannt werden und die internationale Gemeinschaft bereit ist, bestehende Machtstrukturen zu hinterfragen und zu verändern. Wie 87 Vertreter\*innen indigener Völker in einer Erklärung 2024 formulierten: Sie unterstützen die Abkehr von fossilen Brennstoffen und den Übergang zu erneuerbaren Energien, fordern aber gleichzeitig faire Verhandlungen und gerechte Benefit-Sharing-Mechanismen, die ihre Rechte und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt stellen.

Im Fachgespräch wurden als nächste Schritte insbesondere drei Stoßrichtungen diskutiert: (1) mehr Transparenz und Orientierung in der Förderlandschaft (u. a. strukturierte Übersichten zu Fonds, Anforderungen und Unterstützungsmechanismen); (2) stärkere politische Einforderung von Direktfinanzierung und Unterstützung indigener bzw. lokal geführter Fonds; (3) Kapazitätsaufbau in finanztechnischen Fragen bei gleichzeitiger Machtverschiebung in Governance-Strukturen. Darüber hinaus wurde die Fortführung von Vernetzung und Austauschformaten als wichtig eingeschätzt, um Empfehlungen zu bündeln und in künftige Advocacy-Prozesse einzuspeisen.